

# **Stadt Braunschweig**

Der Oberbürgermeister

## **Protokoll**

### **Sitzung des Ausschusses für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben**

---

**Sitzung:** Dienstag, 12.03.2024

**Ort:** Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

**Beginn:** 15:04 Uhr

**Ende:** 18:50 Uhr

---

#### **Anwesend**

##### **Vorsitz**

Frau Sabine Kluth - B90/GRÜNE

##### **Mitglieder**

Frau Susanne Hahn - SPD

Herr Detlef Kühn - SPD

Frau Sonja Lerche - SPD

Frau Lisa-Marie Jalyschko - B90/GRÜNE

Herr Dr. Burkhard Plinke - B90/GRÜNE

Herr Thorsten Köster - CDU

Frau Heidemarie Mundlos - CDU

bis 18:10 Uhr

Herr Maximilian Pohler - CDU

bis 18:19 Uhr

Herr Kai Tegethoff - Die FRAKTION. BS

##### **weitere Mitglieder**

Frau Silke Arning - BIBS

Herr Mathias Möller - FDP

Herr Stefan Wirtz - AfD

##### **sachkundige Bürger**

Herr Dr. Frank Schröter - B90/GRÜNE

bis 18:28 Uhr

Frau Susanne Schroth - B90/GRÜNE

bis 18:28 Uhr

Herr Oskar Schwarz - CDU

Herr Shivam-Ortwin Tokhi - SPD

bis 17.11 Uhr

Herr Dr. Helge Wendenburg - SPD

bis 18:12 Uhr

Herr Torsten Busch - Behindertenbeirat Braunschweig e.V.

Vertretung für: Herrn Aytekin Demirbas

Herr Uwe Mickler - Polizeiinspektion Braunschweig

bis 18:28 Uhr

Frau Gunhild Salbert - Seniorenrat Braunschweig e.V.

## Verwaltung

Herr Heinz-Georg Leuer - Dezernent III  
Herr Holger Herlitschke - Dezernent VIII  
Herr Stephan Kühl - FBL 60  
Frau Bianca Winter - RefL 0600  
Herr Burkhard Wiegel - FBL 66  
Herr Ernst Dieter Grieshaber - AbtL 50.2  
Frau Carolin Niemann - AbtL 66.1  
Herr Lars Lau - StL 66.11

## Protokollführung

Herr Holger Ender - Ref. 0600  
Frau Pauline Becker - Ref. 0600

## Abwesend

## Mitglieder

Herr Matthias Disterheft - SPD entschuldigt

**sachkundige Bürger**

Herr Jan Höltje - CDU entschuldigt  
Herr Aytekin Demirbas - Behindertenbeirat Braunschweig e.V. entschuldigt

Verwaltung

Herr Dirk Franke - FBL 65 entschuldigt  
Herr Wilhelm Eckermann - FBL 65 entschuldigt  
Frau Katja Langer - RefL 0650 entschuldigt  
Herr Timo Weichsler - RefL 0660 entschuldigt

## Tagesordnung

## Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
  - 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 18.12.2023 (öffentlicher Teil)
  - 3 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 06.02.2024 (öffentlicher Teil)
  - 4 Mitteilungen
    - 4.1 Wie wirkt sich das vorübergehende Angebot des "9-EURO-Tickets" in Braunschweig aus? 22-18730-02
    - 4.2 Südstraße: Neuordnung der Verkehrsflächen 23-21756
    - 4.3 Logistikstudie Innenstadt - Sachstandsbericht 2024 24-23122

4.4	Mündliche Mitteilungen	
5	Anträge	
5.1	Einrichtung eines TOP zum Thema "Gut zu Fuß in Braunschweig"	24-23282
6	Erste Satzung zur Änderung der Gebührenordnung für das Parken auf gebührenpflichtigen Parkplätzen in der Stadt Braunschweig (ParkGO)	24-23289
6.1	Erste Satzung zur Änderung der Gebührenordnung für das Parken auf gebührenpflichtigen Parkplätzen in der Stadt Braunschweig (ParkGO) Änderungsantrag zur Vorlage 24-23289	24-23289-01
7	Konzept für den barrierefreien Umbau von Bushaltestellen (erste Fortschreibung)	23-22100
8	Ideenportal - Sichere Überquerungsmöglichkeit am Campus Forschungslughafen	23-22444
9	Anfragen	
9.1	Tiefbauprogramm 2024 - Neubau Brücke von der A392 zur A391	24-23290
9.1.1	Tiefbauprogramm 2024 - Neubau Brücke von der A392 zur A391	24-23290-01
9.2	Berücksichtigung von Baumscheiben bei der Verkehrsplanung	24-23212
9.2.1	Berücksichtigung von Baumscheiben bei der Verkehrsplanung	24-23212-01
9.3	Auswirkungen der ausgeweiteten Parkraumbewirtschaftung	24-23286
9.3.1	Auswirkungen der ausgeweiteten Parkraumbewirtschaftung	24-23286-01
9.4	Mündliche Anfragen	

## Protokoll

### Öffentlicher Teil:

#### 1. Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

Sie informiert, dass Ratsherr Disterheft und Bürgermitglied Höltje entschuldigt fehlen.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth weist darauf hin, dass zur Vorlage 24-23289 (TOP 6) noch der Änderungsantrag 24-23289-01 gestellt wurde und schlägt vor, die Vorlagen unter TOP 6 aufgrund des inhaltlichen Zusammenhangs gemeinsam mit der Anfrage 24-23286

(TOP 9.3) zu behandeln.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth stellt die Tagesordnung zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

**2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 18.12.2023 (öffentlicher Teil)**

Das Protokoll (öffentlicher Teil) wird genehmigt.

**Abstimmungsergebnis:**

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

**3. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 06.02.2024 (öffentlicher Teil)**

Das Protokoll (öffentlicher Teil) wird genehmigt.

**Abstimmungsergebnis:**

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 1

**4. Mitteilungen**

**4.1. Wie wirkt sich das vorübergehende Angebot des "9-EURO-Tickets" in Braunschweig aus? 22-18730-02**

**Ergebnis:**

Die Mitteilung 22-18730-02 wird zur Kenntnis genommen.

**4.2. Südstraße: Neuordnung der Verkehrsflächen**

**23-21756**

Stadtbaudirektor Leuer führt in die Mitteilung 23-21756 ein und berichtet über einen Vorschlag der Interessengemeinschaft Friedrich-Wilhelm-Viertel e.V. (Kultviertel), der auf der Nordseite der Südstraße keine Parkflächen vorsieht, um dort eine größere Möglichkeit für Freisitzflächen zu schaffen.

Ratsfrau Hahn informiert über die Ablehnung der Varianten 1 und 2 durch die SPD-Fraktion im Stadtbezirksrat 130 und den Wunsch nach einer weitergehenden Lösung, die auch ein Parkverbot auf einer Fahrbahnseite der Südstraße berücksichtigt. Die von der SPD-Fraktion im Stadtbezirksrat 130 in (zurückgestellten) Anträgen formulierten Ziele wurden von der Verwaltung in der Planung nicht berücksichtigt. Forderungen sind u.a. Parkverbot auf der Nordseite und eine verbesserte Radverkehrsführung. Auch die Anregungen des Kultviertels sollte Berücksichtigung finden.

Ratsherr Dr. Plinke erinnert an die von der Unfallkommission für die Südstraße festgestellte Unfallhäufungsstelle (UHS). Die Umplanung der Südstraße soll aus seiner Sicht unter Berücksichtigung der Prioritäten Verkehrssicherheit für den Fuß- und Radverkehr, Lieferverkehr in erforderlichem Ausmaß und Freisitzflächen für gastronomische Betriebe erfolgen.

Herr Wiegel informiert auf Nachfrage von Ratsherr Dr. Plinke zum weiteren Vorgehen, dass die Verwaltung auf Grundlage der Beratung in diesem Ausschuss und im Stadtbezirksrat 130 die Planung für eine Beschlussvorlage vorbereiten wird.

Auf Nachfrage von Ratsherr Köster erläutert Stadtbaudirektor Leuer die Beschlusszuständigkeit dieses Ausschusses für überbezirkliche Straße, die sich im Falle der Südstraße aus der Innenstadtlage und einer gesamtstädtischen Nutzung ergibt. Er schränkt jedoch ein, dass es

sich lediglich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung handelt, sofern hier nur Beschilderungen geändert werden. Die Verwaltung steht der vom „Kultviertel“ vorgeschlagenen Variante aufgeschlossen gegenüber. Die Möglichkeit einer Umsetzung muss jedoch im Detail geprüft werden.

Bürgermitglied Dr. Wendenburg hebt die Bedeutung von ausreichend großen Lieferzonen hervor, die ausschließlich für Lieferverkehre sowie von Paketdiensten genutzt werden können. Ein Schrägparken ist für Lieferzonen aus Sicherheitsgründen jedoch auszuschließen.

Ratsfrau Jalyschko begrüßt die vom „Kultviertel“ zur Planung formulierten Zielsetzungen. Im Sinne der Verkehrssicherheit und einer guten Gesamtlösung spricht sie sich für die Beschränkung des Parkens auf einer Fahrbahnseite der Südstraße aus.

Ratsherr Kühn erwartet von der Planung eine im Ergebnis deutlich verbesserte Verkehrssicherheit für Radfahrende. Als mögliche Lösung verweist er auf die verkehrliche Situation in der Münzstraße

Ratsfrau Kluth stellt zusammenfassend fest, dass sich die überwiegende Mehrheit der Ausschussmitglieder für eine Variante 3 ausspricht, in der die Verkehrssicherheit an erster Stelle steht. In den Redebeiträgen zahlreicher Ausschussmitglieder wurde zudem die Stellungnahme des „Kultviertel“ gewürdigt.

**Ergebnis:**

Die Mitteilung 23-21756 wird zur Kenntnis genommen.

**4.3. Logistikstudie Innenstadt - Sachstandsbericht 2024**

**24-23122**

Bürgermitglied Schroth bittet, die Stadtbezirksräte bei der Festlegung der Standorte der Paketstationen einzubinden.

Stadtbaudrat Leuer kündigt an, die Stadtbezirksräte im Rahmen des Beschlusses über das Gesamtkonzept zu beteiligen.

Ratsherr Kühn führt aus, dass für viele Nutzerinnen und Nutzer von Paketdiensten eine Lieferung nach Hause bequemer ist, da Paketstationen teilweise nicht barrierefrei nutzbar seien. Aus seiner Sicht sollte die Bedeutung der Paketstationen und deren Wirkung auf den Bedarf an Lieferzonen nicht überschätzt werden.

Für Ratsfrau Jalyschko ist die Logistikstudie Innenstadt ein wesentlicher Baustein für die Verkehrswende. Sie zeigt sich verwundert, dass nach der im Dezember 2021 erfolgten Veröffentlichung des Abschlussberichts „Branchenübergreifende Logistik- und Mobilitätstudie für die Braunschweiger Innenstadt“ eine Stellenbesetzung erst im September 2023 erfolgen konnte.

Protokollnotiz: *Die Logistikstudie wurde im Dezember 2021 abgeschlossen. Zu diesem Zeitpunkt war die eine neue 'Logistik-Planstelle' im Aufstellungsverfahren zum Haushalt 2022 angemeldet und wurde in den im März 2022 beschlossenen Haushalt (Stellenplan) aufgenommen. Nach Rechtskraft des Haushalts 2022 im September 2022 begann das Stellenausschreibungsverfahren. Nach Abschluss des Auswahlverfahrens konnte die Stelle erst zum 01.09.2023 (u. a. wegen der Kündigungsfrist des Bewerbers, bei seinem bisherigen Arbeitgeber) besetzt werden.*

Ratsherr Pohler hebt die Bedeutung hervor, Paketdiensten auch in Zukunft eine Zustellung bis in die Wohnung zu ermöglichen. Nur wenn den Bürgerinnen und Bürgern keine Einbußen am Komfort entstehen, könne eine Akzeptanz der Logistik-Maßnahmen erreicht werden.

Auf seine Nachfragen bestätigt Stadtbaudrat Leuer eine Abstimmung mit anderen Kommunen zum Thema nachhaltige Stadtlogistik, die in den Mobilitätsentwicklungsplan (MEP) integriert ist. Aufgrund personeller Veränderungen im Bereich der MEP-Bearbeitung vermag er aktuell

keinen zeitlichen Ausblick zum Abschluss der Logistikstudie zu geben.

Für Bürgermitglied Dr. Wendenburg stellt die Parksituation für Lieferdienste und Handwerker insbesondere im innerstädtischen Bereich und den verdichteten Bereichen der Außenbezirke ein großes Problem dar und bedarf eines Konzeptes.

**Ergebnis:**

Die Mitteilung 24-23122 wird zur Kenntnis genommen.

#### **4.4. Mündliche Mitteilungen**

Stadtbaudirektor Leuer kündigt die Terminierung einer nichtöffentlichen Sondersitzung dieses Ausschusses an. Die Sitzung zum Zwecke der Beschlussfassung über Auftragsvergaben soll stattfinden am Mittwoch, 19. Juni 2024, um 9 Uhr.

#### **5. Anträge**

##### **5.1. Einrichtung eines TOP zum Thema "Gut zu Fuß in Braunschweig"** 24-23282

Ratsfrau Kluth bringt den Antrag 24-23282 der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN ein.

Stadtbaudirektor Leuer erklärt, dass Verkehrsplanung stark integriert gedacht wird und der Fußverkehr im Zusammenspiel der verschiedenen Verkehrsarten einen nicht zu unterschätzenden Anteil einnimmt. Der Fußverkehr werde in zahlreichen Konzeptionen wie dem Integrierten Stadtentwicklungskonzept (ISEK) sowie in Umweltplanungen wie dem Integrierten Klimaschutzkonzept 2.0 (IKSK) und der Lärmminderungsplan (LAP) aufgegriffen. Bezogen auf den Mobilitätsentwicklungsplan (MEP) verweist Stadtbaudirektor Leuer auf die Entwicklung einer Fußverkehrsstrategie für Braunschweig im Zeitraum von 2021 bis 2023 im Rahmen des Förderprojektes „Gut gehen lassen – Bündnis für attraktiven Fußverkehr“. Barrierefreie und sichere Verkehrsanlagen (z. B. Querungshilfen, Blindenleitelemente etc.) für schützenswerte Personengruppen (Kinder, ältere und mobilitätseingeschränkte Personen) sind bereits feste Bestandteile der Verkehrsplanung und werden in der Praxis bedarfsoorientiert umgesetzt. Er erwartet für den Fußverkehr in den nächsten Jahren auch ohne besondere Einzelprojekte eine gute Entwicklung.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Kluth zur Fußverkehrsbedeutungsplan und Fußverkehrskonzeptentwicklung erklärt Stadtbaudirektor Leuer, eine strategische Konzeption für den Fußverkehr als sinnvoll zu erachten. Er verweist jedoch auf den MEP als ganz wesentliches konzeptuelles und strategisches Mobilitätsthema für Braunschweig, das zu einem Teil auch strategische Inhalte zum Fußverkehr enthalten werde.

Ratsfrau Jalyschko hebt die Einrichtung von zwei barrierefreien Übergangsbereichen im Verlauf der Straße Ölschlägern positiv hervor und bittet um Auskunft, auf welche anderen Projekte in der Innenstadt die hier gemachten Erfahrungen übertragen werden können.

Stadtbaudirektor Leuer verweist auf die noch nicht abgeschlossene städtebauliche und verkehrliche Aufwertung im Magniviertel. Ein sich an das Magniviertel anschließendes, weiteres Projekt wurde noch nicht ausgewählt.

Ratsfrau Hahn zeigt sich enttäuscht über die Studie des Verbandes FUSS e. V. Sie hält eine grundsätzliche Information über Qualitätsstandards für Fußwege für sinnvoll.

Frau Salbert trägt die Anmerkungen des Seniorenrats Braunschweig e. V. vor.

In Bezug auf die von Frau Salbert angeführte Querneigung von Geh- und Radwegen weist Ratsfrau Kluth ergänzend auf die Querneigung vom Niveau des Gehwegs zur Grundstückszufahrt, durch die für Rollstuhlfahrende die Gefahr des Umkippens bestehen kann. Dies sollte bei Neuplanungen berücksichtigt werden.

Ratsfrau Mundlos fragt bezugnehmend auf eine im Rahmen des Projektes „Gut gehen lassen“ thematisierte „Wunschvorstellung“, ob die Entfernung von Einfriedungen auf Privatgrundstücken zur Erhöhung der Durchgängigkeit im Quartier und der Schaffung kürzerer Wege tatsächlich von der Verwaltung vorgesehen ist.

Stadtbaudirektor Leuer erklärt, dass dies von der Verwaltung nicht weiterverfolgt wird.

Ratsherr Möller unterstreicht die grundsätzliche Bedeutung des Fußverkehrs in der Stadt und die Berücksichtigung von Themen wie Barrierefreiheit und Sicherheit im Straßenverkehr. Bezogen auf die bestehende Flächenkonkurrenz und eine notwendige Beseitigung von Engstellen appelliert er jedoch, mit Augenmaß vorzugehen und keine zu hohen Ziele zu setzen. Die singuläre Betrachtung nur eines Verkehrsträgers ist aus seiner Sicht nicht zielführend.

Ratsfrau Kluth unterstreicht die Förderung der Basismobilität anhand von Qualitätsstandards, die bei Entscheidungsfindung und Abwägung hilfreich sind.

### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird gemäß § 49 (2) der Geschäftsordnung vom 16. November 2021 (für den Rat, den VA, die Ausschüsse und die Stadtbezirksräte der Stadt Braunschweig) gebeten, in die Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben am 12.03.2024 einen neuen Tagesordnungspunkt mit dem Titel „Gut zu Fuß in Braunschweig“ aufzunehmen. Innerhalb dieses TOPs soll die Verwaltung über folgende Aspekte berichten:

- Grundlagen für die Planung von Fußwegen in Braunschweig, Qualitätsstandards, Komfort, Verkehrssicherheit, Lärm
- Belange von Kindern, gehandicapten sowie betagten Menschen
- Strategische Überlegungen zur Umsetzung der, im ISEK verankerten, Premiumwege für zu Fußgehenden mit hoher Qualität wie Breite, Belag, geradlinige Wegeführung, Stadt der kurzen Wege, bevorrechtigte Ampelschaltungen, Zebrastreifen
- Strategische Überlegungen zur Umsetzung der, im ISEK verankerten Wegebeziehungen für zu Fußgehende (Alltagsziele wie Wohnen, Quartierszentren, Schule, Kita, ÖPNV-Haltestellen, Sharing-Angebote, öffentlichen Einrichtungen)
- Bedeutungsplanung / Fußverkehrskonzeptentwicklung
- Erfahrungen und Austausch mit anderen Kommunen (z.B. Kiel, Leipzig)
- Fördermöglichkeiten für Pilotprojekte
- Verfahrensvorschlag für die Entwicklung von Qualitätsstandards für Fußwege/Premiumwege sowie eines Fußwegenetzes, ggf. mit einem Pilotquartier.

### **Ergebnis:**

Der Antrag 24-23282 wurde in die Tagesordnung aufgenommen und das Sachthema beraten. Eine Abstimmung über den Antrag erfolgt nicht.

6.	<b>Erste Satzung zur Änderung der Gebührenordnung für das Parken auf gebührenpflichtigen Parkplätzen in der Stadt Braunschweig (ParkGO)</b>	<b>24-23289</b>
6.1.	<b>Erste Satzung zur Änderung der Gebührenordnung für das Parken auf gebührenpflichtigen Parkplätzen in der Stadt Braunschweig (ParkGO)</b> <b>Änderungsantrag zur Vorlage 24-23289</b>	<b>24-23289-01</b>
9.3.	<b>Auswirkungen der ausgeweiteten Parkraumbewirtschaftung</b>	<b>24-23286</b>
9.3.1.	<b>Auswirkungen der ausgeweiteten Parkraumbewirtschaftung</b>	<b>24-23286-01</b>

Stadtbaudirektor Leuer führt in die Vorlage 24-23289 ein.

Die Preisgestaltung des 24-Stunden-Parkscheins ist aus Sicht von Ratsherr Tegethoff konzeptionell fragwürdig. Er bittet um Auskunft zur Preisgestaltung des 24-Stunden-Parkscheins und einer grundsätzlichen Erhöhung der Parkgebühren unter Berücksichtigung der Entwick-

lung des Verbraucherpreisindexes.

Stadtbaudirektor Leuer erläutert die zur Ermittlung der Gebühren für den 24-Stunden-Parkschein erfolgte Abwägung auf Grundlage der Gebühren in den innerstädtischen Parkhäusern. Das von der Verwaltung vorgeschlagene Preisniveau von 9 Euro erachtet er als gut. Eine allgemeine Erhöhung der Parkgebühren stuft er aktuell als nicht prioritär ein.

Auf die weitere Nachfrage von Ratsherr Tegethoff zum Sachstand der ganztägigen Öffnung der städtischen Parkhäuser informiert Stadtrat Herlitschke über den Austausch mit den verschiedenen Betreibern zur Ausweitung der Nutzungszeiten (24/7-Betrieb). Die Ausweitung habe jedoch diverse Investitionen (z. B. Überwachung) zur Folge. Hierzu sind die Kosten zu ermitteln und in der Folge eine mögliche Auswirkung auf die Parkgebühren zu errechnen. Die Verwaltung wird zu gegebener Zeit informieren.

Auf Hinweis von Ratsherr Dr. Plinke sagt Stadtbaudirektor Leuer zu, die Änderungen der Parkgebührenordnung (ParkGO) medial zu kommunizieren. Die Möglichkeit der von Ratsherr Dr. Plinke nachgefragten Auswertung der Ticketnachfrage wird die Verwaltung prüfen.

Protokollnotiz: *Im Gegensatz zum Handyparken lassen die Automaten keine Auswertung zu.*

Ratsherr Pohler bringt den gemeinsamen Änderungsantrag 24-23289-01 von CDU-Fraktion und FDP-Fraktion ein und begründet diesen.

Ratsherr Wirtz kritisiert den Änderungsantrag 24-23289-01 aufgrund fehlender Angaben als zu unkonkret.

Ratsherr Möller entgegnet, dass im Änderungsantrag zahlreiche konkrete Themen aufgeführt sind. Mit der Beschlussfassung über den Änderungsantrag wird die Verwaltung beauftragt, eine ParkGO mit sinnvoll zueinander passenden Zahlen zu erarbeiten. Er zeigt sich überzeugt, dass dies im Ergebnis zu einer höheren Qualität der ParkGO führen wird.

Ratsfrau Jalyschko unterstreicht, dass die Vorlage 24-23289 eine Reaktion der Verwaltung auf die Folgen der Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung darstellt, um die in einigen wenigen Straßenzügen aufgetretenen verkehrlichen Schwierigkeiten abzumildern. Es könnten jedoch nicht alle unterschiedlichen Bedarfe befriedigt werden. Hinsichtlich der Wochen- und Monatstickets verweist sie auf vergleichbare Tickets in den innerstädtischen Parkhäusern, die über ausreichend Kapazitäten verfügten. Eine weitere Verlängerung der Regelung zum kostenfreien Parken für alle Fahrzeuge mit E-Antrieb macht für Ratsfrau Jalyschko keinen Sinn, da sich Elektromobilität als Zukunftstechnologie durchsetzen wird und daher keiner weiteren Privilegierung bedarf. Sie kündigt die Ablehnung des Änderungsantrags 24-23289-01 an.

Aus Sicht von Ratsfrau Hahn ist der Änderungsantrag 24-23289-01 unkonkret formuliert und unausgereift. Zu dem Prüfauftrag, ob für Beschäftigte von Betrieben mit Geschäftssitz innerhalb der Parkgebührenzonen I a, I b und II gegen Gebühr eine Zahl an Parkplätzen in direkter Nähe des Unternehmens reserviert werden kann, verweist sie auf die Möglichkeit der Unternehmen, für ihre Beschäftigten selbst Parkplätze in Parkhäusern anzumieten.

Ratsherr Pohler erklärt zur der von Anwohnenden und Gewerbetreibenden vorgetragenen Kritik an der ParkGO, dass die Verwaltung hierauf zwar reagiert habe, die erfolgte Reaktion jedoch aus Sicht von CDU- und FDP-Fraktion nicht flexibel genug erscheint und Anlass für den Änderungsantrag 24-23289-01 gab. Zum Hinweis auf freie Kapazitäten in den Parkhäusern erklärt Ratsherr Pohler, dass diese aus seiner Sicht aufgrund des zunehmenden Wegfalls von Parkraum im öffentlichen Bereich schon bald nicht mehr ausreichen könnten.

Bürgermitglied Tokhi begrüßt die von der Verwaltung mit der Vorlage 24-23289 vorgeschlagenen Änderungen zur ParkGO. Die im Änderungsantrag 24-23289-01 vorgesehenen Prüfaufträge an die Verwaltung führten jedoch zu einer Verzögerung der beabsichtigten Optimierungen.

Ratsfrau Kluth erinnert an die im Änderungsantrag 22-19222-03 u.a. beschlossenen Aufträge an die Verwaltung, eine Überarbeitung der Parkgebührenordnung im Rahmen des Mobilitätsentwicklungsplans (MEP) zu prüfen, die das (veränderte) Verhalten unterschiedlicher Nutzer\*innengruppen (z. B. Anwohner, Handwerker, Lieferdienste, Pflegedienste, Besucher\*innen/Gäste) differenziert berücksichtigt und die Erfahrungen mit den neuen Parkregelungen dahin gehend auszuwerten, welche Auswirkungen sich auf die Bereiche außerhalb der Okerumflut ergeben.

Stadtbaurat Leuer bittet um Verständnis, dass die Verwaltung für die Evaluation zur Parkraumbewirtschaftung auch aufgrund der heute zur Beschlussfassung vorgelegten Fassung der Parkgebührenordnung noch weitere Zeit benötigen wird.

Ratsherr Möller verdeutlicht zum Änderungsantrag 24-23289-01 ausdrücklich, dass es nicht beabsichtigt sei, ein kostenloses Parken zu ermöglichen. Er trägt jedoch seine Erwartung flexiblerer Lösungen für unterschiedliche Gruppen vor und bedauert, dass die Bedürfnisse der von der Regelung Betroffenen nicht berücksichtigt und die Auswirkungen der Beschlüsse im Vorfeld nicht hinreichend betrachtet wurden. Ratsherr Möller würde es begrüßen, wenn die Vorlage 24-23289 mit dem Ziel einer weitergehenden Lösung um einen Gremienlauf zurückgestellt würde.

Ratsherr Kühn spricht sich dafür aus, das Tagesticket so schnell wie möglich einzuführen und kündigt die Zustimmung zur Vorlage 24-23289 an. Er erwartet, dass die Verwaltung ständig notwendige Änderungen der ParkGO prüft und den Gremien entsprechende Vorschläge unterbreitet. Der Änderungsantrag 24-23289-01 führt aus seiner Sicht zu einer deutlichen Verzögerung des gesamten Prozesses.

Ratsfrau Jalyschko widerspricht Ratsherr Pohler hinsichtlich der Auslastung der Parkhäuser. Nach ihrer eigenen Modellierung zur Auslastung der Parkhäuser in der Innenstadt ergibt sich eine durchschnittliche freie Kapazität von 3.464 Parkplätzen. Es sei deshalb nicht davon auszugehen, dass die Auslastung aufgrund von wegfallenden Parkplätzen im öffentlichen Bereich zeitnah erreicht werde. Darüber hinaus äußert sie ihre Vermutung, dass sich Firmen aus der Verantwortung ziehen, ihren Beschäftigten Mobilitätslösungen anzubieten. Insbesondere im nördlichen Bereich der Okerumflut hat die Verwaltung den dort ansässigen Firmen ein halbes Jahr Vorlaufzeit eingeräumt, um Beschäftigten entsprechende Angebote unterbreiten zu können.

Zur Kritik von Ratsherr Köster, die Verwaltung habe Anträge von Unternehmen bzw. Behörden auf Umwandlung von privaten Grundstücksflächen in Parkraum abgelehnt, erläutert Stadtbaurat Leuer, dass auf jedem Grundstück der Anteil der überbaubaren Fläche durch Bebauungsplan oder nach § 34 Baugesetzbuch (BauGB) festgesetzt ist. Ziel ist es, auf den Grundstücken ein ausgewogenes Verhältnis an versiegelten Flächen und Grünflächen zu erhalten. Vor diesem Hintergrund kann die Verwaltung - insbesondere in bereits jetzt hochverdichteten Bereichen - eine Ablehnung erteilt haben. Eine grundsätzliche Ablehnung zur Schaffung von Parkplatzflächen auf privaten Grundstücken ist nicht beabsichtigt, bedarf jedoch grundsätzlich einer baurechtlichen Einzelfallprüfung.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth lässt zunächst über den Änderungsantrag 24-23289-01 abstimmen. Sie stellt fest, dass dieser abgelehnt wird und lässt sodann über die Vorlage 24-23289 abstimmen

Protokollnotiz: Im Anschluss an die Abstimmungen unterricht Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth die Sitzung von 17:11 Uhr bis 17:22 Uhr für eine Sitzungspause.

### **Beschluss zu Änderungsantrag 24-23289-01:**

Die Verwaltung wird gebeten, die vorgelegte Erste Satzung zur Änderung der Gebührenordnung für das Parken auf gebührenpflichtigen Parkplätzen in der Stadt Braunschweig (ParkGO, DS.-Nr. 24-23289) um folgende Punkte zu ergänzen und dem Rat der Stadt Braunschweig dann erneut zur Beschlussfassung vorzulegen:

- 1) Für das Parken in den Parkzonen I b und II wird ein Wochenticket eingeführt. Hierbei liegen die Kosten des Wochentickets signifikant unterhalb der fünffachen Summe eines Tagestickets (5 bis 24h) von 9 Euro, da durch das Ticket für die Folgetage keine Parkplatzgarantie besteht. Das Ticket wird in das digitale Handyparken integriert.
- 2) Für das Parken in den Parkzonen I b und II wird ein Monatsticket eingeführt. Hierbei liegen die Kosten des Monatstickets unterhalb der vierfachen Summe eines Wochentickets (siehe 1). Das Ticket wird in das digitale Handyparken integriert.
- 3) Für das Parken in den Parkzonen I a, I b und II wird ein vergünstigtes Parkticket für Schülerinnen und Schüler der anliegenden Berufsschulen eingeführt.
- 4) Die Förderung der Elektromobilität wird im Hinblick auf die Ergebnisse des Mobilitätsentwicklungsplans (MEP) in die Parkgebührenordnung aufgenommen. Dazu wird das kostenfreie Parken für alle Fahrzeuge mit E-Antrieb (EV) in den ersten 180 Minuten in den Parkzonen I a und I b der Parkgebührenordnung (ParkGO) eingeführt.

Für Betriebe, die ihren Geschäftssitz innerhalb der Parkgebührenzonen I a, I b und II haben, wird geprüft, ob diesen - vergleichbar mit dem Anwohnerparken - für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angeboten werden kann, gegen Gebühr eine mit der Anzahl der Mitarbeiter korrespondierende Zahl an Parkplätzen in direkter Nähe des Unternehmens zu reservieren. Bei positivem Prüfergebnis wird dieser Vorschlag ebenfalls in die ParkGO aufgenommen.

Zusätzlich zur genannten und zu ändernden Ersten Satzung zur Änderung der Gebührenordnung für das Parken auf gebührenpflichtigen Parkplätzen in der Stadt Braunschweig (ParkGO) wird die Umwandlung von privaten Flächen in neuen Parkraum aktiv seitens der Verwaltung unterstützt und dem Ausschuss für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben quartalsweise dazu berichtet.

**Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag 24-23289-01 (Empfehlung an den VA und Rat):**

dafür: 3 dagegen: 7 Enthaltungen: 0

**Beschluss zu Vorlage 24-23289:**

„Die erste Satzung zur Änderung der Gebührenordnung für das Parken auf gebührenpflichtigen Parkplätzen in der Stadt Braunschweig (ParkGO) wird in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.“

**Abstimmungsergebnis zur Vorlage 24-23289 (Empfehlung an den VA und Rat):**

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 1

**Ergebnis zu Anfrage 24-23286:**

Die Stellungnahme 24-23286-01 wird zur Kenntnis genommen.

**7. Konzept für den barrierefreien Umbau von Bushaltestellen  
(erste Fortschreibung)** 23-22100

Herr Wiegel führt in die Vorlage 23-22100 ein.

Ratsfrau Lerche bittet, bei der nächsten Aktualisierung der Übersicht der Bushaltestellen den jeweiligen Stadtbezirk zu ergänzen.

Ratsfrau Kluth fragt, ob in der Übersicht die Haltestelle Hauptfriedhof berücksichtigt wurde.

Protokollnotiz: *Die Haltestelle Hauptfriedhof ist eine Kombihaltestelle für Stadtbahn und Bus und ist barrierefrei. Möglicherweise war die Endhaltestelle Helmstedter Straße (vormals „Krematorium“) der Stadtbahn gemeint. Diese wird im Zuge des Stadtbahnausbau überplant und durch Entfall der Wendeschleife im Straßenzug Helmstedter Straße barrierefrei hergerichtet.*

Auf Nachfrage von Ratsherr Dr. Plinke bestätigt Herr Wiegel, dass die im Konzept genannte Rangfolge flexibel ist.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth lässt über die Vorlage 23-22100 abstimmen.

## **Beschluss:**

„Der ersten Fortschreibung des Konzeptes für den barrierefreien Umbau von Bushaltestellen in Braunschweig wird zugestimmt.“

## **Abstimmungsergebnis:**

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

## **8. Ideenportal - Sichere Überquerungsmöglichkeit am Campus Forschungslughafen**

23-22444

Stadtbaurat Leuer führt in die Vorlage 23-22444 ein.

Ratsfrau Lerche informiert über den ablehnenden Beschluss der Vorlage 23-22444 durch den Stadtbezirksrat 112 Wabe-Schunter-Beberbach. Der von der Verwaltung vorgeschlagene Standort eines Fußgängerüberwegs werde vom Stadtbezirksrat 112 zwar grundsätzlich begrüßt, der über das Ideenportal eingereichte Vorschlag sah jedoch eine Querung westlich des von der Verwaltung vorgesehenen Standortes vor.

Ratsherr Dr. Plinke unterstützt die Ausführung von Ratsfrau Lerche, den im Ideenportal ursprünglich vorgeschlagenen Standort umzusetzen.

Herr Wiegel informiert, dass der Verwaltung ein Antrag des Luftfahrt-Bundesamt (LBA) und ein über das Ideenportal eingereichter Vorschlag vorliegen. Der Vorschlag über das Ideenportal sieht eine Umsetzung zwischen den Instituten der Technischen Universität vor. Dies werde von der Verwaltung in der Vorlage 23-22444 berücksichtigt.

Ratsfrau Jalyschko spricht sich im Sinne des Vorschlags auf der Ideenplattform für einen Standort im Bereich des Niedersächsisches Forschungszentrum Fahrzeugtechnik (NFF) aus. Zudem sollte die Querungshilfe sinnvollerweise in der Nähe der Bushaltestelle eingerichtet werden.

Ratsherr Pohler erinnert an einen ausdrücklichen Wunsch des Präsidenten des LBA vom Dezember 2022 zur Einrichtung des Fußgängerüberwegs. Er erachtet es als sinnvoll, den Fußgängerüberweg an der von der Verwaltung vorgeschlagenen Stelle umzusetzen und im Nachgang einen möglichen Bedarf an anderer Stelle zu prüfen, der vom Stadtbezirksrat 112 aus dem ihm zur Verfügung stehenden Budget realisiert werden kann.

Herr Wiegel bestätigt auf Nachfrage von Ratsfrau Jalyschko, dass sowohl im Bereich des LBA als auch des NFF ein Fußgängerüberweg realisiert werden kann, weist jedoch auf die Frage der Finanzierung hin.

Bürgermitglied Dr. Wendenburg regt eine Ergänzung des Beschlusstextes an. Die Verwaltung solle mit der Prüfung eines zweiten Fußgängerüberwegs im Bereich des NFF und die Klärung der Finanzierung mit dem Stadtbezirksrat 112 beauftragt werden.

Ratsherr Kühn weist darauf hin, dass der über die Ideenplattform eingebrachte Vorschlag in der Vorlage 23-22444 nicht dargestellt ist.

Stadtbaurat Leuer erläutert, dass im Ideenportal kein konkreter Standort, sondern lediglich ein Bereich zur Einrichtung eines Fußgängerüberwegs vorgeschlagen wurde. Die Verwaltung hat die Möglichkeiten zur Umsetzung untersucht und den vorliegenden Vorschlag unterbreitet.

Ratsherr Köster stellt den Geschäftsordnungsantrag, die Vorlage 23-22444 um einen Gremi-

enlauf zurückzustellen. Der konkrete Text des Vorschlags im Ideenportal und die in der heutigen Beratung der Vorlage 23-22444 erörterten Punkte sollen von der Verwaltung dazu aufgenommen werden.

Ratsherr Kühn bittet die Verwaltung, auch im Bereich des NFF eine Verkehrszählung durchzuführen, um für eine Entscheidung über den Standort des Fußgängerüberwegs vergleichbare Daten vorliegen zu haben.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth lässt über den Geschäftsordnungsantrag auf Zurückstellen der Vorlage 23-22444 abstimmen.

## **Beschluss:**

„Der Einrichtung eines Fußgängerüberweges sowie der Umsetzung der notwendigen baulichen Maßnahmen auf der Hermann-Blenk-Straße in Höhe Hausnummer 21 A wird zugesagt.“

## **Abstimmungsergebnis (zum GO-Antrag auf Zurückstellen):**

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

## 9. Anfragen

<b>9.1. Tiefbauprogramm 2024 - Neubau Brücke von der A392 zur A391</b>	<b>24-23290</b>
<b>9.1.1. Tiefbauprogramm 2024 - Neubau Brücke von der A392 zur A391</b>	<b>24-23290-01</b>

Aus Sicht von Ratsherr Kühn erscheint die in der Stellungnahme 24-23290-01 wiedergegebene Aussage der Autobahn GmbH des Bundes nicht nachvollziehbar, dass das vierte „Ohr“ perspektivisch nicht leistungsfähig ist und den „Überflieger“ nicht dauerhaft ersetzen kann. Es sei nach seiner Auffassung davon auszugehen, dass das vierte Ohr während der dreijährigen Bauzeit die gleiche Leistungsfähigkeit wie der Überflieger aufweist. Er regt daher eine Überprüfung durch die Verwaltung an.

Stadtbaurat Leuer verdeutlicht, dass das vierte Ohr als Baustellen-Provisorium u.a. in den Radien und Verflechtungslängen nicht den Richtlinien für die Anlage von Autobahnen entspricht. Er begrüßt ausdrücklich den von der Autobahn GmbH beabsichtigten Bau des vierten Ohrs, durch das das städtische Straßennetz deutlich weniger belastet wird.

## **Ergebnis:**

Die Stellungnahme 24-23290-01 wird zur Kenntnis genommen.

## **9.2. Berücksichtigung von Baumscheiben bei der Verkehrsplanung**

Herr Wiegel beantwortet die Anfrage mit der Stellungnahme 24-23212-01

Auf Nachfrage von Ratsfrau Kluth unter Bezugnahme auf einen möglichen Kriterienkatalog für Spendenbäume informiert Stadtrat Herlitschke über das seitens der Grünflächenverwaltung in Entwicklung befindliche Qualitätshandbuch für Baumstandorte. Baumstandorte zum Nachpflanzen von Bäumen werden nur benannt, wenn bekannt ist, dass dort ein neugepflanzter Baum auch tatsächlich über gute Standortbedingungen verfügt und Entwicklungsfähig ist.

## Ergebnis:

[Zurück](#) Die Stellungnahme 24-23212-01 wird zur Kenntnis genommen.

## **9.4. Mündliche Anfragen**

### **9.4.1**

Ratsherr Köster bezieht sich in seiner Anfrage auf das im Jahr 2021 beschlossene Abfallwirtschaftskonzept (AWIKO), das eine Zielentwicklung bis zum Jahr 2025 formuliert, und bittet um einen zeitlichen Ausblick für die Fortschreibung des AWIKO.

Protokollnotiz: Ratsfrau Mundlos verlässt um 18:10 Uhr die Sitzung.

Stadtbaudirektor Leuer erklärt, dass die Bearbeitung des AWIKO für das Jahr 2024 vorgesehen ist. Die Fortschreibung steht in einem unmittelbaren Zusammenhang mit dem Auftrag zur Prüfung der Zukunft der Abfallwirtschaft in der Stadt Braunschweig, der im Zuge der Gremienentscheidung über die Nichtkündigung der Leistungsverträge I und II zwischen der Stadt und der ALBA Braunschweig GmbH an die Verwaltung ergangen ist.

### **9.4.2**

Ratsfrau Kluth fragt zur Verkehrssituation im Bereich Bleibtreuweg und Gotenweg, inwieweit hier Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung umgesetzt werden können. Die dort wohnenden jungen Familien mit Kindern fühlen sich nach ihrer Information gefährdet.

Stadtbaudirektor Leuer hebt die Bedeutung hervor, die die geschilderte Thematik für ihn persönlich hat. In der Angelegenheit sind von der Verwaltung aktuell noch verschiedene Fragstellungen zu klären. Eine Lösung kündigt er in den nächsten drei bis vier Wochen an.

Im Anschluss an die Behandlung der mündlichen Anfragen des Ausschusses findet von 18:14 Uhr bis 18:28 Uhr die Einwohnerfragestunde statt. Anschließend wird die Sitzung mit der Eröffnung des nichtöffentlichen Teils der Sitzung fortgesetzt.

Protokollnotiz: Ratsherr Pohler verlässt um 18:19 Uhr die Sitzung.

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth schließt die Sitzung um 18:50 Uhr.

gez. Kluth  
Kluth  
- Vorsitz -

gez. Leuer  
Leuer  
- Stadtbaurat -

gez. Herlitschke  
Herlitschke  
- Stadtrat -

gez. Ender  
Ender  
- Schriftführung -